

BRIEF AUS BERLIN

Liebe Leserinnen & Leser,

der verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht in die vierte Woche. Uns erreichen immer mehr schreckliche Bilder zerstörter Städte und Dörfer. Krankenhäuser werden beschossen, wir werden Zeugen russischer Kriegsverbrechen. Die weitere Eskalation Russlands zwingt uns, die Sanktionen nachzuschärfen. Wir unterstützen die Europäische Union ausdrücklich bei diesem Vorgehen.

Nachdem die Bundesregierung am 27. Februar als Reaktion auf den Krieg eine umfassende sicherheitspolitische "Zeitenwende" angekündigt hat und sich der angemessenen Ausrüstung der Bundeswehr nicht mehr in den Weg stellen wollte, hat sich der Tatendrang der Koalition inzwischen deutlich abgeschwächt. Das Sondervermögen für die Bundeswehr wird relativiert und die historische Rede des ukrainischen Präsidenten vor dem Bundestag quittierte die Ampel mit ohrenbetäubenden Schweigen. Die berechtigten, kritischen Fragen Wolodymyr Selenskyjs zur Haltung Deutschlands gegenüber Russlands blieben unbeantwortet. Dem vorangegangenen Hinweis der Unionsfraktion, dass der kommentarlose Übergang zur Tagesordnung eine Schande für das Haus sei, schlossen sich einige Abgeordnete der Ampel erst einige Stunden nach der Rede kleinlaut an.

Eine Übersicht zu allen weiteren politischen Themen der Sitzungswoche in Berlin finden Sie wie immer auf der rechten Seite. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich wie immer über Ihr Feedback!

Herzliche Grüße

Ihr



Michael Frieser

Michael Frieser
CSU Für Nürnberg & Schwabach



Platz der Republik 1 - 11011 Berlin - michael.frieser@bundestag.de - 030 227 71931

DIE THEMEN DER WOCHE





Ampel-Politik: orientierungslos durch die Corona-Pandemie

Seit Amtsantritt unterliegt die Bundesregierung in der Pandemiepolitik einer Fehleinschätzung nach der anderen: Uneinigkeit in den eigenen Reihen, die tatsächliche Lage der Pandemie wird verkannt. Weil die Rechtsgrundlage für die Corona-Maßnahmen morgen ausläuft, musste diese Woche im Hauruckverfahren eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen werden. Das Gesetz der links-gelben Koalition wurde in der Expertenanhörung regelrecht zerrissen, die Bundesländer haben sich parteiübergreifend mehrheitlich dagegen ausgesprochen. Ministerpräsidenten aus Union, SPD, Grünen und Linkspartei sehen einen Bruch der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Während die Neuinfektionen neue Höchststände erreichen und Bundesminister Karl Lauterbach nicht müde wird, vor neuen Gefahren in der Pandemie zu warnen, lässt sich die Ampel weiter von der FDP in die Ecke treiben: Die Maskenpflicht wird weitgehend fallen, die Maßnahmen werden zu einem einzigen Flickenteppich, die Hürden für die Einführung der schwammigen "Hotspot-Regelung" sind faktisch nicht umsetzbar.

Es ist völlig klar, dass die links-gelbe Koalition im Falle einer Verschärfung der Corona-Lage wieder hektisch nachbessern muss. Genauso orientierungslos stolpert die Ampel durch die Debatte zur Impfpflicht. Scholz und Lauterbach erklären einerseits, sie wollten eine allgemeine Impfpflicht, gleichzeitig übernimmt die Bundesregierung keinerlei Verantwortung, die damit verbundenen Fragen konkret zu beantworten. Man flüchtet sich in sich widersprechende Gruppenanträge und „Gewissensentscheidungen“, um zu kaschieren, dass die Koalition tief zerstritten ist. Im Ergebnis ist das eingetreten, wovor die Union seit Monaten warnt: Das Thema läuft komplett ins Leere und bleibt unbeantwortet. Als Union fordern wir stattdessen, jetzt mit einem Impfvorsorgegesetz die Voraussetzungen zu schaffen, um schnell und flexibel auf eine Verschärfung der Corona-Lage reagieren zu können. Eine sofortige Impfpflicht lässt sich aus unserer Sicht anhand der derzeitigen Situation nicht überzeugend begründen, mit Blick auf den Herbst müssen wir aber jetzt unsere Hausaufgaben machen! Dazu gehört in einem ersten Schritt insbesondere der Aufbau eines Impfregisters und einer entsprechenden Impfinfrastruktur. Das ist Voraussetzung dafür, dass der Bundestag über eine Aktivierung des Impfmechanismus entscheiden könnte, wenn die Situation es erfordert. Der innere Zerissenheit der links-gelben Koalition sorgt dafür, dass wir für den kommenden Herbst so schlecht aufgestellt sind wie im ersten Jahr der Pandemie.

Wahlrechtsreform: Ampel streicht Bürgerbeteiligung

Im April 2021 setzen wir eine Reformkommission ein, die sich nach der letzten Wahlrechtsreform mit weiteren wesentlichen Fragen der Weiterentwicklung des Wahlrechts befasste. Nach der Wahl musste diese nun erneut eingesetzt werden. Es geht nicht nur um die Begrenzung der Vergrößerung des Bundestages, sondern um die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern im Bundestag, um die Dauer der Legislaturperiode, die Frage, wie sich die Absenkung des aktiven Wahlalters auf die Volljährigkeit und die Strafmündigkeit auswirken würde. Hier hat die Ampel gezeigt, dass sie nichts von breiter demokratischer Legitimation hält. Im Gegensatz zur letzten Kommission wurde die Bürgerbeteiligung gestrichen und statt mindestens einer zwei Drittel Mehrheit soll jetzt die einfache Mehrheit der Ampel zum Beschluss des Berichtes genügen. Der Bürger darf zwar im Livestream zuschauen, seine Vorstellungen einbringen aber bitte nicht. Das ist nicht hinnehmbar. Schließlich sind die Wählerinnen und Wähler von allen Änderungen unmittelbar in einem ihrer elementaren Grundrechte betroffen. Und ihre Interessen gilt es gegen die ideologiegetriebenen Pläne der Ampel zu verteidigen.



Schutz ukrainischer Flüchtlinge

Die verzweifelte Lage der Zivilbevölkerung in der Ukraine zwingt viele Frauen und Kinder dazu ihr Land zu verlassen, um ihr Leben zu retten. Es ist absehbar, dass die größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg auf uns zukommen könnte. Die Bundesregierung hat das Ausmaß der Situation noch nicht erkannt. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland und in Europa. Manche Regionen sind bereits kurz vor der Überlastung, andere haben noch Kapazitäten. Die

Regierung schiebt die Verantwortung bisher auf die Kommunen und freiwillige Helfer ab und überlässt es dem Schicksal, ob insbesondere die hier ankommenden, schwer traumatisierten Frauen und Kinder auf wohlmeinende Helfer oder skrupellose Zuhälter und Kriminelle treffen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In einem offenen Brief habe ich Bundesinnenministerin Nancy Faeser aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bundesministerinnen Annalena Baerbock und Anne Spiegel endlich bundesweit koordinierte Verfahren zu schaffen. Die ankommenden geflüchteten Familien müssen registriert werden, damit nachvollzogen werden kann, wo sie sind und ob es ihnen gut geht.

Energiepreise: spürbare Entlastungen jetzt!

Infolge des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise auf historische Höchststände gestiegen. Die Bundesregierung muss schnell für spürbare Entlastung bei Bürgern und Unternehmen sorgen. Bürokratiemonster wie das vom Finanzminister geplante Rabattsystem für Benzin sind dabei der falsche Weg. Stattdessen müssen Energiesteuer und Umsatzsteuer zügig gesenkt werden. So können wir beim Spritpreis bis zu 40 Cent einsparen. Das ist der effektivste Weg. Die Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses für Wohngeldbezieher und Auszubildende ist ein richtiger erster Schritt der Koalition. Gleichzeitig hat die links-gelbe Koalition weiterhin keinerlei Blick für die Nöte derjenigen, die nicht auf staatliche Hilfen angewiesen sind, für die die Energiepreise aber ebenso zur finanziellen Herausforderung werden. Es braucht endlich substantielle, strukturelle Entlastungen für Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen. Eine warme Wohnung und der Weg zur Arbeit dürfen nicht zur Schuldenfalle werden!



Mahnmal für die Opfer des Kommunismus endlich umsetzen!



Bei der gestrigen Plenardebatte zur Umsetzung des zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Berlin haben wir die Bundesregierung aufgefordert, das Mahnmal noch in der laufenden Legislaturperiode zu realisieren. Das ist notwendig, da das bereits beschlossene Vorhaben im Koalitionsvertrag der links-gelben Regierung gar keine Erwähnung mehr fand. Durch unseren Antrag hat zwar nun auch die Ampel das Thema erstmals aufgegriffen, aber das reicht nicht. Am Parlament liegt es nicht. Die Bundesregierung muss jetzt liefern. Eine funktionierende Gedenkkultur muss umfassend aufgestellt sein. Auch die aktuelle weltpolitische Lage

zeigt die Bedeutung der Erinnerungskultur: In Russland fehlt diese leider gänzlich. Fortwährendes Kämpfen gegen das Vergessen schafft ein tiefes Bewusstsein für Unrecht und macht Zivilgesellschaften damit resilient gegen unmenschliche und totalitaristische Entwicklungen.